

M 6: Demokratie-Modell des „Kanzlersimulators“

Arbeitsaufträge:

1. Lies den Text von Anthony Downs.
2. Im Text wird die These vertreten, dass Politik wie Wirtschaft funktioniert. Nenne und erläutere mehrere Gründe, die Downs für diese Idee anführt.
3. Erörtere, welche Folgen es für die Demokratie hat, wenn sich Bürger bei Wahlen wie Kunden im Supermarkt verhalten.
4. Überprüfe, ob Du Dein Handeln während des Spiels „Der Kanzlersimulator“ nach den Regeln für politisches Verhalten ausgerichtet hast, die Downs am Ende seines Textes anführt (Satz 4-24).

Anthony Downs: „Ökonomische Theorie der Politik“

(Die Voraussetzungen der Theorie)

Die politische Funktion von Wahlen in einer Demokratie ist, so nehmen wir an, das Auswählen einer Regierung. Daher ist im Zusammenhang mit Wahlen ein Verhalten rational, das auf dieses Ziel und auf kein anderes ausgerichtet ist.

Unser Modell beruht auf der Annahme, daß jede Regierung das Ausmaß an Ansehen und Unterstützung, das sie beim Volk genießt, zu maximieren sucht. Wir nehmen ferner an, daß wir es mit einer Regierung in einer demokratischen Gesellschaft zu tun haben, in der periodisch Wahlen abgehalten werden, daß das Hauptziel der Regierenden die Wiederwahl ist und daß ferner ein Wahlsieg das Ziel auch jener Parteien ist, die im Augenblick nicht regieren. Nach jeder Wahl beherrscht die Partei, die die meisten Stimmen (wenn auch nicht unbedingt eine absolute Mehrheit) erhält, bis zur nächsten Wahl den gesamten Staatsapparat, Zwischenabstimmungen, entweder durch das Volk als Ganzes oder durch ein Parlament, sind dabei ausgeschlossen. Die regierende Partei verfügt daher über unbegrenzte Handlungsfreiheit innerhalb der durch die Verfassung gesetzten Grenzen.

(Die Schlussfolgerungen aus der Theorie)

Satz 2. In einem Zweiparteiensystem stimmen beide Partner in allen Fragen überein, für die eine Mehrheit der Bürger eine starke Vorliebe hat.

Satz 3. In einem Zweiparteiensystem sind die politischen Konzepte der Parteien (a) verschwommener, (b) einander ähnlicher und (c) weniger direkt mit Ideologien verknüpft als in einem Mehrparteiensystem.

Satz 4. In einem von einer Koalition regierten Mehrparteiensystem unternimmt die Regierung weniger wirksame Schritte zur Lösung der sozialen Grundprobleme, und ihre Politik ist weniger integriert und folgerichtig als in einem Zweiparteiensystem.

Satz 5. Neue Parteien entstehen entweder (a) wenn eine Änderung des Wahlrechts die Verteilung der Bürger auf der politischen Skala stark verändert, oder (b) wenn die Wählerschaft ihre sozialen Anschauungen auf Grund eines Umsturzes (Krieg, Revolution, Inflation, wirtschaftliche Depression) plötzlich ändert, oder (c) in einem Zweiparteiensystem, wenn eine der Parteien zu einer Streitfrage einen gemäßigten Standpunkt einnimmt und ihre radikalen Mitglieder eine Splitterpartei gründen, um sie in eine extremere Position zurückzuzwingen.

Satz 6. Demokratische Regierungen neigen dazu, das Einkommen von den Reichen auf die Armen umzuverteilen.

Satz 7. Demokratische Regierungen neigen dazu, in ihren Maßnahmen die Produzenten gegenüber den Konsumenten zu begünstigen. (...)

Satz 12. Weil fast jedem Bürger klar ist, daß seine Stimme bei der Wahl nicht entscheidend ist, besteht für die meisten Bürger nur ein sehr geringer Anreiz, vor der Wahl Informationen zu erwerben.

Satz 13. Ein großer Prozentsatz der Bürger – einschließlich der Wähler – informiert sich nicht in bedeutendem Ausmaß über die Streitfragen, um die es bei der Wahl geht, selbst wenn diese Bürger den Wahlausgang für wichtig halten.

Satz 14. Die Bürger, die über eine bestimmte Streitfrage jeweils am besten informiert sind, sind jene, auf deren Einkommen sie sich direkt auswirkt, d.h. jene, die ihre Einkommen in dem betreffenden politischen Bereich verdienen. (...)

Satz 23. Politische Parteien neigen dazu, möglichst viele ihrer Versprechungen zu halten, wenn sie gewählt werden.

Satz 24. Politische Parteien neigen dazu, im Ablauf der Zeit an ihrer ideologischen Linie konsequent festzuhalten, es sei denn, sie erleiden schwere Niederlagen; dann ändern sie ihre Ideologien so, dass diese der Ideologie der Siegerpartei ähneln.

„Der Kanzlersimulator“

*Aus: Anthony DOWNS: Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen 1968, S. 290-292.
Zitiert nach: Peter MASSING/Gotthard BREIT (Hg.): Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Interpretationshilfen. Schwalbach ³2003, S. 233-235; an den mit (...) gekennzeichneten Stellen gekürzt.*